

Nr. 9, November 2006

Problematisch: Die Haltung der Gewerkschaften und traditionellen Linken zum bedingungslosen Grundeinkommen

Interview mit Mag Wompel, Labournet, zur aktuellen Rolle der Gewerkschaften und insbesondere ihrem Verhältnis zum bedingungslosen Grundeinkommen.

NEWS LETTER **GRUND EINKOMMEN**: *Als Mitverantwortliche von Labournet und Vertreterin kritischer Positionen zum strategischen Verhalten der Einheitsgewerkschaften giltst Du als eine der Sprecherinnen der Gewerkschaftslinken. Bereits 1999 hast Du in einem viel beachteten Beitrag „Fetisch Arbeit und die Gewerkschaftslinke“ eine sukzessive Schwächung der Position der Gewerkschaften gegenüber dem Arbeitgeberlager festgestellt. Unter anderem hattest Du das an der Erosion der Flächentarifverträge und faulen Kompromissen, die die sich inflationär vermehrenden betrieblichen Bündnisse für Arbeit eingegangen sind oder eingehen mussten, festgemacht. Zum Beispiel hinsichtlich der sogenannten Flexibilisierung der Arbeitszeit, Streichung und Kürzung diverser Zuschläge und Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Umwandlung von Voll- in Teilzeitjobs, die Zustimmung zur Ausweitung von befristeten Arbeitsverträgen und vieles mehr. Wie siehst Du die Situation sieben Jahre später? Ist es den Gewerkschaften gelungen, das Ruder herumzureißen und den Spielraum für eine positive Gestaltung der Arbeitswelt auszuweiten?*

Mag Wompel: Vom „Ruder herum reißen“ kann keine Rede sein, vielmehr werden den Gewerkschaften und besonders ihren arbeitenden Mitgliedern – wie durch das Lohnabstandsgebot auch den erwerbslosen – die Folgen dieser erpresserischen Standortverträge nun immer massiver um die Ohren gehauen.

Diese betrieblichen Bündnisse für Arbeit und die sog. Standortsicherungsverträge – die bisher keinen einzelnen Standort langfristig sichern, dafür aber drastisch verbilligen konnten – sind jedoch nicht das eigentliche Übel, sondern nur ein Symptom. So wie Gewerkschaften eigentlich gegründet wurden, um die Konkurrenz der Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt zu minimieren, so müssten sie im gleichen Interesse bestrebt sein, die Erpressbarkeit der (noch?) beschäftigten Lohnabhängigen zu minimieren. Diese Erpressbarkeit basiert auf der hartnäckigen Legende, Lohnarbeit sei alternativlos als Mittel zur Existenzsicherung. Ausdruck und Folge dieser Legende ist, dass um Lohnarbeit regelrecht gebettelt (und bei Panasonic sogar gehungert) wird, auch wenn sie längst keine Existenz, geschweige eine komfortable, sichern kann.

Je weniger diese Legende bröckelt und je weniger Arbeitsplätze es gibt, umso größer ist die Abhängigkeit und damit Erpressbarkeit der Lohnabhängigen.

NEWS LETTER GRÜNDE FÜR DEN WACHSTUMSSTAG: *Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird uns von der Kanzel der Politik die immer gleiche Mahnung gepredigt, dass nämlich tarifpolitische Zurückhaltung mit Blick auf das als unverzichtbar erachtete konjunkturelle Wachstums wie auch die Sicherung des Standorts Deutschlands unabdingbar seien. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Produktions- und Finanzmärkte ist der Druck, der mit diesem Totschlagargument ausgeübt wird, noch größer geworden. Abgesehen davon, ob dieser Wachstumsfetischismus, gerade in globaler Perspektive, zwangsläufig in einen Ressourcenengpass und eine ökologische Katastrophe münden muss, stellt sich hier die Frage, ob die Formel „tarifpolitische Zurückhaltung“ = „konjunkturelles Wachstum“ = „mehr Arbeitsplätze“ wirklich aufgeht. Wie bewertest Du diese angebliche Erfolgsformel z.B. vor dem Hintergrund, dass deutsche Großunternehmen mit exponentiellem Wachstum bei Umsatz und Gewinnen (z.B. Allianz und Deutsche Bank) ihre Verkündung ihrer Rekordbilanzen vorzugsweise mit der Ankündigung von Massenentlassungen schmücken?*

Mag Wompel: Selbst wenn ich den Wunsch nach Schaffung von Arbeitsplätzen teilen würde, kann ich nicht nachvollziehen, wie hartnäckig und erkenntnisresistent sich all diese wirtschaftspolitischen Legenden – denn auch hier handelt es sich um Legenden – gerade in den Köpfen der Gewerkschaftsfunktionäre halten. Seit den 80er Jahren ist das Phänomen des „jobless growth“ bekannt, also der Tatsache, dass Wirtschaftswachstum keinesfalls mit neuen Arbeitsplätzen einhergehen muss. Seitdem wurde ebenso empirisch nachgewiesen, dass weder Lohnverzicht noch Steuernachlässe Arbeitsplätze sichern oder gar schaffen.

Dennoch regiert immer noch die heilige Kuh „Konjunktur“, die weder im Aufschwung noch in der Baisse durch Ansprüche der Lohnabhängigen gestört werden darf. Ihr jüngstes „Kälbchen“ ist die Binnennachfrage, die von Gewerkschaftsfunktionären beschworen wird. Ein m. E. besonders perverses Beispiel für diesen Fetisch ist der Kommentar der ehemaligen DGB-Vize Engelen-Kefer zur Höhe der „Grundsicherung“ nach Hartz IV, wonach diese eben nicht schlicht und einfach menschenverachtend sei, sondern statt dessen eine weitere Gefährdung der Binnennachfrage, damit auch des Wachstums und darüber hinaus des Arbeitsmarktes darstelle.

Relativ neu dabei ist die Verschärfung der neoliberal ausgerichteten Weltwirtschaft, die dazu führt, dass die Renditen nie ausreichend hoch sein können. Auch dieser Druck wirkt sich als Verunsicherung, als Prekarisierungsprozess, auf alle Lohnabhängigen aus.

Diese Entwicklung beinhaltet für mich aber auch ein positives Potential der Desillusionierung gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Endlich gehen immer mehr Legenden über Bord. Zwar noch nicht die bisher genannten über Lohnarbeit und Wachstum, aber immerhin die vom angeblich gleichen Boot, in dem Kapital und Arbeit sitzen („Geht es dem Arbeitgeber gut, geht es auch mir gut“), und auch der vom „menschlichen Manager“. Es wird immer klarer, dass ein guter Mensch kein guter Manager sein kann, weil ein Manager nach Rendite und nicht nach Moral beurteilt wird.

NEWS LETTER GRUND LEGENDE: ***Aufgrund der enormen Produktivitätsfortschritte der letzten Jahrzehnte ist offenkundig, dass, sowohl bei uns als auch global, weit mehr Arbeitskräfte verfügbar sind, als von den Unternehmen selbst bei sehr guter Konjunktur benötigt werden könnten. Es überrascht, dass ungeachtet dessen auch gestandene Linke und bekennende Marxisten am Ziel der Vollbeschäftigung festhalten. Sie fordern, Arbeit zu "fair"teilen, also Arbeitszeitverkürzungen und verweisen auf Möglichkeiten der Erwerbsarbeit in den Bereichen Bildung, Soziales, Pflege, Umweltschutz. Ist diese Perspektive realistisch?***

Mag Wompel: Natürlich brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung und zwar eine sehr radikale, mit vollem Lohn- und noch wichtiger Personalausgleich. Bei den bestehenden Machtverhältnissen ist sie jedoch genauso unrealistisch wie die Revolution und würde dennoch nicht zur Vollbeschäftigung führen. Dieser Zug ist ein für alle Mal abgefahren und das ist doch auch klasse so. Ist es nicht ein uralter Menschheitstraum, nur noch die allernötigste Lebenszeit mit der Pflicht der Existenzsicherung zu vergeuden? Der Stand der Produktivität erlaubt dies nun und ich sehe viele weitere Rationalisierungspotentiale – wenn die Rationalisierungseffekte uns und nicht dem Kapital zu Gute kämen.

In diesem – kapitalistischen – Wirtschaftssystem wird es jedoch nie der Fall sein. Und genauso, wie es nicht die Aufgabe der kapitalistischen Wirtschaft ist, Arbeitsplätze zu schaffen, genauso wenig interessiert sie eine lebenswerte Infrastruktur in den genannten Bereichen Bildung, Soziales, Pflege, Umweltschutz, solange hier keine profitable Nachfrage herrscht. Die Tendenz ist momentan entgegengesetzt: Das Kapital nutzt die starke Position, um sich aus allen Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft endgültig zurückzuziehen. Die paritätische Finanzierung war sowieso schon immer eine der Legenden...

NEWS LETTER GRUND LEGENDE: ***Als Alternative zur erfolglosen Arbeitspolitik mit dem Ziel Vollbeschäftigung wird jetzt immer häufiger das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens genannt. Dieses Konzept beruht auf einem anderen Gerechtigkeitsprinzip: Der Reichtum war niemals zuvor so groß wie zur Zeit. Es ist gesellschaftlich erarbeiteter Reichtum, den sich wenige angeeignet haben. Da die Produktivität unermesslich ansteigt, der Gesellschaft die Erwerbsarbeit zunehmend ausgeht, sollten die Menschen selbst darüber entscheiden können, ob sie auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens lieber zu Hause bleiben, sich einer gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit widmen, oder – um sich mehr leisten zu können - einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen. Hier wird die Perspektive Freiheit und Selbstbestimmung dieser Diskussion deutlich. Inzwischen setzen sich fast alle in Politik und Wirtschaft mit dieser Forderung auseinander, zumal die soziale Sicherung über den Arbeitsplatz durch deren Abbau ad absurdum geführt wird, die gesellschaftliche Realität sich verändert hat, daß auch das zweite Prinzip der sozialen Sicherung des Sozialstaates, die Familiensicherung über den männlichen Ernährer, überholt wurde.***


Ausgerechnet die SPD und die Gewerkschaften lehnen diesen neuen Ansatz pauschal ab. Sind sie damit gut beraten und können sie der Diskussion auf Dauer ausweichen? Was muss geschehen, um die traditionelle Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften für das Thema bGE zu öffnen?

Mag Wompel: Eingangs wurde mein alter Artikel „Fetisch Arbeit und die Gewerkschaftslinker“ angesprochen und er ist leider nach wie vor hochaktuell. Während das Kapital den Faktor Arbeit als notwendiges Übel und einen zu minimierenden Kostenfaktor betrachtet, hatte sich die traditionelle Arbeiterbewegung leider entschieden, anstatt das Grundübel der ausgebeuteten, krankmachenden Lohnarbeit zu bekämpfen, aus der Not eine Tugend zu machen. Der Stolz der Arbeiter beruht zurecht auf dem Wissen, alle lebensnotwendigen Waren zu schaffen. Statt zu einem berechtigten Selbstbewusstsein zu führen und die Sache selbst in die Hand zu nehmen, wurde aber nicht die Quelle des Stolzes („Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“), sondern das Mittel Arbeit – und zwar auch die lohnabhängige – zum Fetisch erhoben. Als verhängnisvoll erweist sich dabei, dass viel zu selten zwischen Arbeit, also einem zum Überleben des Menschen notwendigen Tätigsein, und Lohnarbeit, als pervertiertem Sklaventum der Menschen, unterschieden wurde und wird.

Eine allen gerecht werdende Gesellschaft würde m. E. die gesellschaftlich notwendige Arbeit als ein eben notwendiges Übel betrachten, unsere überhöht sie zum Selbstzweck. Auch hier ist es nicht die Gewerkschaftsbürokratie, die die Basis von der Revolution abhält. Viel zu viele der (noch?) „beschäftigten“ Menschen sehen es nicht ein, dass sie morgens aufstehen, buckeln, sich erniedrigen lassen – und andere angeblich auf ihre Kosten faulenzten.

Und je knapper diese verselbständigte Lohnarbeit wird, um so weiter scheinen wir davon entfernt, dass die sich nach ihrer Stammklientel richtenden Gewerkschaftsbürokratien das Lohnabstandsgebot angreifen oder konsequent für bessere Lebensbedingungen der Erwerbslosen eintreten, obwohl schon dies allein im Sinne der Minderung der Erpressbarkeit im Interesse eben dieser Stammklientel sein müsste.

Eine Änderung dieser Politik erscheint mir nur dann als möglich, wenn die Legende von der angeblichen Alternativlosigkeit der Lohnarbeit aufgegeben und angegriffen wird. Denn genauso wenig, wie Lohnarbeit mittlerweile Existenzsicherung garantiert, genauso wenig erfüllt sie ihre ebenso angeblich alternative Aufgabe als Mittel der Anerkennung und Vergesellschaftung. Wer dem Fetisch Lohnarbeit anhängt, wird jedoch keine Alternativen sehen wollen.

: **Einige dezidiert linke Sozialwissenschaftler wie Rainer Roth warnen vor einer Spaltung des Arbeitnehmerlagers durch die GE-Diskussion. Schließlich müssten die Erwerbstätigen das Nichtstun der anderen bezahlen. Ein Argument, das vollkommen unzutreffend erscheint, da Freiheit nur bei einem sehr kleinen Teil der Gesellschaft dazu führen würde, nicht nach gesellschaftlich sinnbringender Tätigkeit zu suchen. Außerdem werde der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn durch ein wie eine flächendeckende Lohnsubvention für alle wirkendes Grundeinkommen (auch solcher, die eben nicht bedürftig sind) ad absurdum geführt. Wie real ist diese Spaltungsgefahr, und sind die Forderungen nach Mindestlohn und bGE wirklich unvereinbar? Vor allem, ist das nicht eine Diskussion, die in erster Linie zeigt, in wie erschreckender Form selbst Linke die Hegemonie der Erwerbsarbeit des Kapitalismus verinnerlicht haben?**

Mag Wompel: Im Prinzip ist die Frage bereits beantwortet... Ich will es dennoch konkretisieren.

1) Eine Spaltung des Arbeitnehmerlagers gibt es nur, weil sie durch das jetzige System der sozialen Sicherung und dessen Finanzierung – sofern es noch diesen Namen verdient – so angelegt ist. Dieses gilt es zu bekämpfen und nicht eine Forderung, die zum Ziel hat, die Erpressbarkeit der Lohnabhängigen zu mindern.

Dennoch werden die aktuell unterschiedlichen Interessenslagen dadurch berücksichtigt, dass – zumindest in dem Konzept, das ich unterstütze – die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, nach einem komfortablen (nicht 7,50 €/Std.!) Mindestlohn und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung unabdingbar zusammengehören und sich gegenseitig ergänzen.

2) Natürlich muss die linke Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen ernst genommen werden und das LabourNet Germany widmet dem eine Sonderseite. Denn m. E. vertreten die linken Kritiker an diesem Konzept mit dem oben ausgeführten „Fetisch Lohnarbeit“ die große Mehrheit der Lohnabhängigen und stehen in der – wenn auch in diesem Falle unsäglichen – Tradition der Gewerkschaftsbewegung.

3) Dass diese Kritik ausgerechnet von durchaus kapitalismuskritischen Personen kommt, muss besonders ernst genommen werden, basiert aber in meinen Augen auf einem schlichten Missverständnis.

Im Kapitalismus ist meines Erachtens die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen überhaupt nicht durchsetzbar. Dies liegt nicht nur an den aktuellen Kräfteverhältnissen, die eine reelle Tariferhöhung genauso schwer realisierbar machen wie ein repressionsfreies Grundeinkommen oder gar die Revolution. Vielmehr kann das Kapital bei Strafe seines Untergangs kein bedingungsloses Grundeinkommen zulassen, da es auf die disziplinierende und kostensenkende Wirkung der Lohnabhängigkeit und der damit verbundenen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt angewiesen ist.

Genau darin liegt in meinen Augen die Funktion dieser Forderung: Die Bedeutung der damit verbundenen Erpressbarkeit der Lohnabhängigen zu verdeutlichen, über den Kapitalismus zu desillusionieren und Alternativen denkbar zu machen.

So wie Hartz IV und Kombilöhne für das Kapital ein „Trojanisches Pferd“ für die Akzeptanz „echter“, subventionsfreier Niedriglöhne bedeutet, kann die Forderung nach einem – theoretisch problemlos finanzierbaren – bedingungslosem Grundeinkommen für uns ein „Trojanisches Pferd“ in der „Festung“ neoliberaler Ideologie sein zur Denkbarkeit und Entwicklung antikapitalistischer Alternativen zur Lohnabhängigkeit. Sie eröffnet den Horizont für Überlegungen, was und wie, wie lange sowie zu welchem Lohn ich gerne arbeiten würde, wenn ich überhaupt den „Luxus“ der Wahl hätte... Was undenkbar erscheint, kann nämlich nie zu einer Forderung, geschweige einem Ziel werden.

In einer postkapitalistischen Gesellschaft hingegen würde die Produktion gesellschaftlich notwendiger Güter ganz anders organisiert werden. Wenn Entscheidungen über Produkte, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten kollektiv und solidarisch getroffen wie umgesetzt werden, besteht nicht die Gefahr, dass „freiwillig erwerbslose“ auf Kosten der „heroisch arbeitenden“ leben, was eine Sorge von

Rainer Roth ist, die er irrtümlich auf die aktuelle kapitalistische Gesellschaft projiziert. Aktuell erarbeiten alle Arbeitenden und lohnabhängige Konsumenten das süße Leben von wenigen, aber hoch geachteten „Nichtstuern“.

NEWS LETTER GRÜNDUNG LEHNSKOMMUNEN: **Die gleiche Frage, jetzt aus einem anderen Blickwinkel gestellt: Haben wir nicht längst eine reale Spaltung der natürlichen Klientel der Gewerkschaften, nämlich in Arbeitsplatzbesitzer und Erwerbsarbeitslose? Versuche der Gewerkschaften, z.B. durch Arbeitszeitverkürzungen neue Jobs zu schaffen, sind auf breiter Front gescheitert. Vor diesem Hintergrund kann die Masse der Erwerbsarbeitslosen die Gewerkschaften schon lange nicht mehr als ihre Interessenvertretung erkennen. Sind die Erwerbsarbeitslosen erst mal beim ALGII angekommen, ist für viele der soziale Abstieg besiegelt. Die Betroffenen sind dann schutzlos dem staatlichen Repressionsapparat ausgesetzt. Erwarten diese nicht zurecht, dass die Gewerkschaften sich für einen Wegfall dieser Repressionen einsetzen, wie das bei der Einführung des bGE der Fall wäre?**

Mag Wompel: Vor ein paar Jahren hätte ich es ebenfalls erwartet und habe entsprechende Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie geäußert. Inzwischen bin ich realistischer geworden und habe eingesehen, dass die Mehrheit in den Gewerkschaften immer noch der – vom Kapital längst aufgekündigten – Sozialpartnerschaft anhängt und dem nationalen bzw. regionalen Kapital nicht wehtun will. Es ist aber eben nicht möglich, konsequent die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten, ohne dem Kapital Kosten zu verursachen und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, des Konzerns oder der Nation „zu schaden“. Daher sollen die bisherigen „Reformen“ nicht ersatzlos gestrichen werden – vom Umbau des Systems zu schweigen -, sondern etwas gerechter gestaltet werden. Zu der von den Gewerkschaftsvorständen nie in Frage gestellten Spaltung in Arbeitsplatzbesitzer und Erwerbsarbeitslose ist längst eine zumindest akzeptierte in Stammbeslegschaften und Dienstleistungsbereiche, befristete Beschäftigte, LeiharbeiterInnen etc. gekommen.

NEWS LETTER GRÜNDUNG LEHNSKOMMUNEN: **Das vom Neoliberalismus gesetzte Ziel, durch zunehmende Prekarisierung, wozu auch die Hartz-Gesetze beitragen, ein Klima von Angst und Verunsicherung zu erzeugen, um die Unternehmerseite von jeglichen Kosten entlasten zu können, ist mitten im Kern der Arbeitsplatzbesitzer im Normalarbeitsverhältnis angekommen. Derzeit macht sich bei den Noch-Arbeitsplatzbesitzern ein Klima der Angst breit. Der Angst vor allem, bei der nächsten Entlassungswelle dabei zu sein. Die Arbeitgeberseite nutzt das aus, immer mehr Druck auszuüben, in kaum einem Betrieb können sich die Arbeitnehmer leisten, sich dagegen zu wehren Bei einem bGE, argumentieren die Befürworter, würde hier eine Verbesserung eintreten. Was ist Deine Meinung?**

Mag Wompel: Natürlich würde ein bedingungsloses Grundeinkommen dazu beitragen, dass die Lohnabhängigkeit aufgehoben würde, was es übrigens eben unrealistisch macht. Ich müsste nicht mehr jede Arbeit zu allen Bedingungen annehmen, weder als „Beschäftigte“ noch als Erwerbslose. Miese, krankmachende Jobs würden sich drastisch verteuern oder noch besser, automatisiert werden. Denn wenn die Lohnabhängigkeit durch ein Grundeinkommen aufgehoben ist,

müssen Jobs – ob in Rüstung, Verfassungsschutz, AKWs oder ARGEn nicht mehr künstlich erhalten oder gar geschaffen werden, auch durch die Gewerkschaften nicht.

Wie gesagt, halte ich die Forderung im Kapitalismus für nicht realisierbar, aber wie befreiend wirkt allein dieser Gedanke, wie beflügelnd für unsere Fantasie... Und schlagartig wirkt ein Spruch wie „Du musst doch froh sein, Arbeit zu haben“ vollkommen lächerlich! Plötzlich erscheint unser ganzes System als eine künstliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zum Zwecke der Disziplinierung und Entwürdigung. Das macht vielen Angst, und zwar nicht den Lohnabhängigen, sondern den Kapitalisten. Heute jedoch sind es die Lohnabhängigen, die vor Angst ihre Arbeit zu verlieren oder keine zu finden – egal wie sinnlos oder demütigend sie ist – nicht schlafen können.

NEWS LETTER **GRUND LEGEN**: ***Das entscheidende Ziel des bGE ist, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln. Das führt zu einer Befreiung der Erwerbsarbeit, wie auch Befreiung von Erwerbsarbeit für die, die ihren Schwerpunkt auf andere Tätigkeiten setzen wollen. Bei beiden Folgen des GE stellt sich die Frage, ob sie den Kapitalismus nicht transformieren würden. Der Kapitalismus ist an die Herrschaft der Produktionsbedingungen durch die Kapitaleigner und die Marktbedingungen gebunden. Weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Arbeitsanbieter unterliefe die Bedingungen des Kapitalismus. Sie kämen in die Position, die Bedingungen der Arbeitssituation mitbestimmen zu können, nicht akzeptable Bedingungen werden schlicht abgelehnt, da sie eben nicht mehr wirklich abhängig Beschäftigte wären. Langfristig würde sich auch die Frage stellen, was, zu welchen Bedingungen, produziert werden solle. Damit wären wir auf dem Weg, den Kapitalismus zu überwinden. Wie ist zu erklären, nimmt ein Unternehmer wie Götz Werner dies nicht als Gefahr für sein System wahr?***

Mag Wompel: Auch wenn Götz Werner sich anders äußert als diejenigen, die ein Grundeinkommen propagieren, um die längst aussortierten, nicht profitablen Menschen zu befrieden, damit das Kapital in Ruhe seine Arbeit machen kann, glaube ich nicht, dass er zu unseren Mitstreitern zu zählen ist. Da er weder den Besitz an Produktionsmitteln, noch Privateigentum oder die Lohnarbeit in Frage stellt, würde sein Finanzierungsmodell über eine drastische Mehrwertsteuer in der Tat dazu führen, dass die Lohnabhängigen ausschließlich das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren. Hier hätte Rainer Roth recht...

Daher würde es mich freuen, wenn die linken Kritiker am Konzept mehr Energie in die Entlarvung der Ziele eines Götz Werner (und seiner esoterischen Hintergründe) investieren würden, da seine große Popularität uns sehr schadet. Das LabourNet Germany hat unlängst eine solche Rubrik „Kritik an Götz Werner“ eröffnet und bittet um fundierte Auseinandersetzung!

NEWS LETTER **GRUND LEGEN**: ***Zum Schluss. Welchen Weg müssen die Gewerkschaften nach Deiner Auffassung gehen, um neue Solidarisierungsprozesse zu inszenieren, insbesondere zwischen den Erwerbsarbeitslosen und den prekär Beschäftigten? Wäre es, wenn dies nicht gelänge, nicht besser, die Einheitsgewerkschaften weiter schrumpfen zu lassen, um ganz anders organisierte Gewerkschaften aufzubauen?***

Mag Wompe! Es steht nicht in unserer Macht, die Einheitsgewerkschaften schrumpfen zu lassen, sie sorgen allerdings selbst dafür. Doch muss beachtet werden, dass nicht alle, die die Gewerkschaften verlassen, sich eine kämpferischere Organisation der Lohnabhängigen wünschen, geschweige daran aktiv mitarbeiten würden. Dafür glauben zu viele den genannten kapitalistischen Legenden, die Hand in Hand von Arbeitgebern, Politik und Gewerkschaftsbürokratie Jahrzehnte lang in die Köpfe getragen wurden. Gegenklärung und Desillusionierung wären daher der erste, notwendige Schritt. Die Forderung nach einem repressionsfreien, bedingungslosen Grundeinkommen in menschenwürdiger Höhe hat für mich darin – wie erläutert – eine wichtige Funktion.

: ***Wir danken Dir für Deine Bereitschaft zu diesem Interview und die überaus klare politische Botschaft Deiner Antworten.***